

Klima-Agreement und Globale Entwicklungsziele: Die Entdeckung der Zivilgesellschaft

Klaus Milke

2015 war ein Jahr voller Konflikte, Spannungen und Brüche. Gewalt, terroristische Anschläge und Kriege waren eine häufige Erscheinung. Weltweit sind Flüchtlingsbewegungen schon länger unterwegs, die im letzten Jahr nun auch Europa und Deutschland erreicht haben. Dass es trotzdem auf globaler Ebene positive Prozesse und Entwicklungen gab und gibt – zum Beispiel in Form des New Yorker SDG-Gipfels im September 2015 oder das Ergebnis des Pariser Klimagipfels im Dezember 2015 – zeigt das Potential von Friedenssehnsüchten und zukunftsorientierten, solidarischen und neuen Kooperationen. Dies war in nicht geringem Maße vom hohen Engagement und der Beteiligung der globalen Zivilgesellschaft getragen. Die Umsetzung der beschlossenen multilateralen Ziele und Absichten des letzten Jahres obliegt aber nun auch wieder in besonderer Weise den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, den NGOs und den tausenden Grassroot-Initiativen weltweit. Ist aber die Zivilgesellschaft angemessen aufgestellt? Und ist sie von den Regierungen wirklich gewollt und wird entsprechend gefördert? Wie wird sie sich weiter entwickeln?

Man lag sich in New York und man lag sich zweieinhalb Monate später in Paris vor Freude in den Armen. Beide Ereignisse waren als so nicht möglich vorausgesagt worden. Und beide Male wurden die NGOs sehr gelobt. Was war passiert? Was war anders gegenüber den globalpolitischen Versuchen der Vergangenheit?

30 Jahres-Rückblick: harte Durststrecken und doch Erfolg durch zivilgesellschaftliches Engagement

Eigentlich ist der Auslöser kein Grund zum Feiern. In diesem Jahr feiert das Bundesumweltministerium (BMU) seinen 30jährigen Geburtstag. Am 26. April 1986 ereignete sich die Nuklearkatastrophe in Block 4 des Kernkraftwerks *Tschernobyl* nahe der ukrainischen Stadt Prypjat. Erst daraufhin wurde in Deutschland ein eigenes Umweltministerium gegründet, mit der zusätzlichen Aufgabe, für Reaktorsicherheit in Deutschland zu sorgen. Zugleich wurde die Anti-AKW-Bewegung immer stärker. Die BMU-Gründung war gleichwohl eine positive Markierung, denn in den zurückliegenden dreißig Jahren wurden wesentliche Grundlagen für den Atomausstieg und den Siegeszug der Erneuerbaren Energien gelegt. Auf nationaler Ebene hat die bundesweite Anti-Atom- und Protestbewegung, nicht die Politik, den Boden bereitet für die nach der Reaktor-Katastrophe von Fukushima eingeleitete Energiewende von 2011. Viele Protestler wurden selber Unternehmer in der Erneuerbaren-Branche oder Initiatoren von Bürger-Energieprojekten.

Auf globaler Ebene waren die Debatten nach dem Bericht der Brundtlandt-Kommission 1987 und dem Beginn der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts, Jahre eines Aufbruchs der Völkergemeinschaft auf multilateraler Ebene. Die großen Gipfel und UN-Konferenzen der 1990er Jahre spiegeln wissenschaftliche Erkenntnisse und das in vielen Ländern gewachsene Bewusstsein darüber wieder, dass sozioökonomische, ökologische und menschenrechtliche Probleme nicht im nationalstaatlichen Alleingang zu lösen sind und zwischen ihnen vielfältige Wechselwirkungen bestehen.

Zu nennen sind die UN-Frauenkonferenz in Peking, die UN-Weltsozialkonferenz in Kopenhagen (beide 1995), die UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (1994) und natürlich besonders 1992 die UN-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro mit ihrer Agenda 21 und den wichtigen Konventionen zu Klima, Artenvielfalt und den offiziellen Erklärungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Viele Akteure wurden insbesondere durch die Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung und die intensive Beschäftigung mit der dort verabschiedeten Agenda 21 in die Lernkurve mit einbezogen, dass Umwelt und Entwicklung zwei Seiten derselben Medaille sind. Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development) sollte globale Gerechtigkeitsfragen und die Beachtung der planetaren Grenzen gleichzeitig angehen. Es war die Zeit der hohen Ambitionen nach dem Ende des lange Zeit alle Akteure bestimmenden und blockierenden Ost-West-Konfliktes. Viel Neues entstand und viele Organisationen wurden neu gegründet. Doch schon bald kam die Zeit der Ernüchterung rund um das höchst komplexe Thema und die zunehmenden Phänomene der ökonomischen Globalisierung und den vielen wohlorganisierten Profitinteressen.

Klima: Ein besonders lebendiger Akteursrahmen

Die Zivilgesellschaft und die NGOs haben in den letzten Jahren und ganz besonders im Klimabereich eine immer wichtigere Rolle übernommen. Das lag und liegt sicher sehr stark an ihrem eigenen Engagement, an ihrer Hartnäckigkeit und hohen Kompetenz, und an ihrer Rolle als institutionelles Gedächtnis, als am Gemeinwohl orientierte, ethische und wissenschaftliche Ergebnisse in die Debatte einspeisende und als nicht an Quartalsabschlüsse und Legislaturperioden gebundene Kräfte. Aus diesem Grund sucht die Politik bis heute den Rat der Zivilgesellschaft, wiewohl weitsichtige Politiker, wie z.B. der damalige Umweltminister und Rio-Vorbereiter Klaus Töpfer, schon früh die Stärken der umweltpolitischen NGOs erkannten und in den Verhandlungsrahmen mit einbezogen.

Die regional und international gut vernetzten NGOs als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft sind heute wesentliche Treiber der Lern- und Veränderungsprozesse für eine große Transformation. Ganz entscheidend ist für den globalen Klima-Zusammenhang z.B. das Climate Action Network (CAN), in dem und über dessen kontinentale und regionale Netzwerke (wie das Climate Action Network Europe) eine wichtige Kontinuität und Expertise, vor allem aber auch die Perspektive der tatsächlich betroffenen Menschen – auch und gerade in den ärmsten Ländern – gewährleistet wird.

Hier wird natürlich auch über zentrale Ziele und die richtigen Strategien gestritten und hart gerungen. Gleichwohl findet aber ein Diskurs statt, der letztlich lösungsorientiert ist und insbesondere in Paris die Weichen zum Erfolg mit gestellt hat. Welch ein Fortschritt, dass, anders als zu Beginn, wo die Umweltorganisationen mehr oder weniger unter sich waren, heute auch die Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen mitwirken, genauso wie die Vertretungen der Indigenen.

Informelle Kooperationen von NGOs auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene ergänzen diese Zusammenarbeit durch wichtige, aber diskrete Inputs in die konkreten Verhandlungen, durch Kampagnen- und medial wirksame Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Campact und Avaaz als internationale und nationale Internetkampagnenorganisationen spielen zudem eine zunehmend wichtige Rolle. Denn viele Menschen weltweit wollen sich nicht in Organisationen dauerhaft binden, sie bevorzugen das Aktivwerden von Mal zu Mal. Damit kompatibel sind die kleinen Akteure, die Flashmobs oder andere Spontanaktionen auf den Weg bringen.

In Deutschland ist die zivilgesellschaftliche Klima-Allianz von besonders großem Gewicht. Weit über 110 Organisationen, deutlich über den Kreis der ohnehin Verdächtigen, versuchen hier Sichtbarkeit und Druck für die notwendigen Veränderungen zu gewährleisten und Lösungen raus aus den fossilen Energien vorzuschlagen (1). Das lose Forum »Transform« aus BUND, WWF, Greenpeace, Brot für die Welt, Misereor und Germanwatch stellt die Verbindung in die internationale Debatte her. Deutschland ist ja nicht irgendwer und hat eine wichtige Rolle in Europa und weltweit zu spielen.

Germanwatch: Flexible NGO als Global Player und kleiner Pilotfisch

In der Zeit von Paradigmenwechsel und Wende wurde 1991 auch Germanwatch gegründet, um genau hinzuschauen, wie sich das mit der Vereinigung größer gewordene Deutschland (darum die Namenswahl) seiner nunmehr gewachsenen Weltverantwortung stellte.

Unmittelbar nach der Gründung 1991 als Nord-Süd- und Entwicklungsorganisation hat Germanwatch entschieden, sich neben originären Entwicklungsthemen um die große Herausforderung, die Vermeidung einer menschenverursachten gefährlichen Klimaänderung, zu kümmern. Und wurde so ganz konsequent zu einer Entwicklungs- UND Umweltorganisation. Vor allem in der bewussten Aufarbeitung der entsprechenden 1992er Rio-Ergebnisse.

Insbesondere rund um die UN-Klimagipfel hat Germanwatch umfangreiche Erfahrungen bei der Lobby- und Kampagnenarbeit, aber auch im Miteinander mit anderen Akteuren von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft sammeln können. Seit dem ersten Klimagipfel 1995 sind die Strategen von Germanwatch kontinuierlich dabei, aber beobachten nicht nur, sondern mischen sich mit Lösungsvorschlägen direkt in die nationalen, europäischen und internationalen Verhandlungsprozesse mit ein. Ausgehend von den Erfahrungen im Klimabereich schlägt Germanwatch immer wieder einen intelligenten Dreischritt und Mix von »Handeln-Verhandeln-Allianzen« vor.

Germanwatch sieht es als seine Aufgabe an, in den existierenden Vernetzungen quasi als Pilotfisch so gut es geht aktiv mitzuwirken, aber auch immer wieder Neues und Ungewöhnliches auf die Beine zu stellen. Die Organisation nutzt dazu gerade auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit wichtigen Akteuren aus dem Wirtschafts-, dem Finanzdienstleister- und auch dem Stiftungsbereich. Zur Überprüfung und Neujustierung der Zivilgesellschaft angesichts der globalen Herausforderungen hat Germanwatch 2012 einen NGO-Strategiedialog zu Energie und Klima, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit etabliert.

Entwicklungsland Deutschland: Zur Umsetzung der SDGs wird die Zivilgesellschaft dringend gebraucht

Ob der SDG-Gipfel (SDG= Sustainable Development Goals) vom September 2015 historisch zu nennen ist, wird man erst im Nachhinein sagen können. Klar aber ist: Die Ziele sind nur so viel wert, wie viel von ihnen tatsächlich bis 2030 umgesetzt werden wird. Das Besondere an den SDGs ist ganz sicher ihre auf alle Staaten ausgerichtete Universalität und der – anders als bei den MDGs (MDG= Millenium Development Goals) – ausdrücklich auf den Menschenrechten basierende Ansatz.

Hier liegt ein wichtiger Hebel für die Ärmsten, die aus ihrer Heimat Vertriebenen und die Entrechteten, insbesondere für die globale Gerechtigkeitsdebatte und die Notwendigkeit der Beachtung der planetaren Grenzen. Dass die SDGs universell angelegt sind, macht nun aus allen Staaten der Welt Entwicklungsländer und alle müssen ihren Entwicklungspfad nachhaltig gestalten. Es geht also nicht mehr »nur« um Entwicklungspolitik für die Armen und für die Schwachen, für die die Ziele große Wohlstands- und Entwicklungsschritte bedeuten sollen, sondern sehr viel mehr auch um die Industrie- und Schwellenländer, die unverzüglich beginnen müssen, ihre massiven Fehlentwicklungen, wie die überzogene Ausbeutung von Natur und Ressourcen, zu korrigieren.

Für manche NGOs in der deutschen Entwicklungscommunity ist die nun anzugehende Umsetzung der SDGs in, durch und mit Deutschland genau die Gesprächslage, die sie sich schon vor fast 25 Jahren zu Beginn der Globalisierung vorgestellt haben. Der Terminus »Entwicklungsland Deutschland« ist durch die Annahme der SDGs am 25. September plötzlich zu einer offiziellen Fragestellung für Deutschland, aber eben auch für alle anderen Industrie- und EU-Mitgliedsländer geworden.

Es bietet sich an, die für Herbst 2016 vorgesehene Neuformulierung (offiziell heißt es »Fortschreibung«) und die Architektur der seit 2002 existierenden deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als Ausgangspunkt für die Umsetzung der SDGs *in, mit und durch* Deutschland zu nutzen:

Es geht bei den

- *SDGs in Deutschland* um Themen wie Armut, soziale Verwerfungen, Inklusion, Ressourcenschutz, Kreislaufwirtschaft und um neue Konsum- und Produktionsmuster.
- *SDGs mit Deutschland* stellt die Frage, welche Lösungen Deutschland der Welt zu bieten hat (Energiewende), oder welche negativen Auswirkungen deutsches Handeln global nach sich zieht (Waffenexporte).

- *SDGs durch Deutschland* eruiert, wie Deutschland andere, vor allem schwächere Länder bei der Umsetzung der Ziele in deren Ländern unterstützt.

Alle drei Ebenen brauchen eigene Implementierungsansätze und gleichzeitig müssen sie konsistent und kohärent zueinander stehen.

Klar ist, dass die 17 Haupt- und 169 Unterziele der SDGs sowie die noch zu erwartenden zwischen 100 und 169 UN-Indikatoren erheblich mehr thematisieren als die bisherige deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Diese deckt in Deutschland vor allem die internationale Dimension bislang wenig ab, das Gleiche gilt für die bisherigen deutschen Nachhaltigkeitsindikatoren, bei denen lediglich einer zum Bereich ‚Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit‘, und einer zum Bereich ‚Handel‘ existiert.

Die Agenda 2030 hat natürlich auch ihre Widersprüche und Unzulänglichkeiten. In jedem Fall wird und muss Deutschland und die deutsche Zivilgesellschaft aber eine wichtige Rolle bei der Umsetzung spielen. Der Dialog zur Umsetzung der SDGs innerhalb der deutschen Gesellschaft, aber gerade auch innerhalb der Zivilgesellschaft, sollte deshalb verstärkt neue Brücken zu wichtigen, bisher zu wenig beachteten Akteuren schlagen – dafür lassen sich die vorhandenen Netzwerke und Dachverbände nutzen. Auch für sie gilt: »Wir müssen raus aus den Silos!«

Bei der internationalen Debatte und der Entwicklung der SDGs hat in einem mehrjährigen Beteiligungsprozess das globale zivilgesellschaftliche Netzwerk BEYOND 2015 eine sehr wichtige Rolle gespielt und zum Schluss mit dafür gesorgt, dass alle in den Vereinten Nationen verbundenen Staaten sich dahinter gestellt haben. Immerhin 1.300 Organisationen waren dabei eingebunden. Bei der weltweiten Implementierung müssen die NGOs, muss die Zivilgesellschaft nun ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. Das heißt aber: in jedem der einzelnen Staaten gilt es, solche partizipativen und transparenten Prozesse zu induzieren.

Wie soll das aber von statten gehen? Leider ist heute nämlich festzustellen, dass die Arbeitsmöglichkeiten der NGOs in vielen Staaten immer mehr eingeschränkt und zunehmend Restriktionen aufgebaut werden.

Lernfeld Energiewende in Deutschland und global

Die für Deutschland als bedeutendem Industrieland nach Fukushima parteiübergreifend und im gesellschaftlichen Konsens 2011 beschlossene Energiewende und die damit unmittelbar verbundenen unkonditionierten Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 gehören eindeutig zum Bereich »Handeln«. Kaum ein anderes Land in der Welt hat sich so stark zu einer umfassenden Transformation des Energiesystems verpflichtet wie Deutschland.

Entscheidende Grundlagen für das damit gänzlich Neues wagende »Entwicklungsland Deutschland« hat die Ethik-Kommission gelegt. Gerade für Schwellen- und Entwicklungsländer ist eine gelingende Energiewende in Deutschland, ja möglichst in der EU, überaus impulsgebend. In den Klimaverhandlungen waren sie früher auch deswegen besonders zurückhaltend, weil sie erwarten, dass erst einmal ein Industrieland zeigt, dass emissions-

arme wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftlicher Wohlstand zusammen gehen. Auch um mehr Vertrauen und Dynamik in den Verhandlungen zu schaffen, ist eine erfolgreiche deutsche Energiewende zentral.

Die ganze Welt schaut also auf das Wirtschaftskernland der EU und fragt sich, ob die Deutschen das denn wohl schaffen werden. Gleichzeitig denken aber viele: wenn einer das schafft, dann vielleicht gerade die Deutschen. Ein Scheitern wäre auch für das Ansehen deutscher Technologie in der Welt verheerend. Hier gilt es nun also eine Erfolgsgeschichte zu schreiben. Und diese hat dann wieder Rückkoppelungen für den internationalen Prozess und kann gemeinsam mit Kooperationspartnern in aller Welt viele positive Nachahmer schaffen.

Auch die deutsche Zivilgesellschaft steht damit in einer großen Verantwortung und vor einer großen Herausforderung. Sie steht vor der Herausforderung, noch mehr eine Lösungsbewegung zu werden als nur eine Protestbewegung. Ein Teil der Zivilgesellschaft in Deutschland hat schon jetzt die Energiewende, die Schritt für Schritt ein europäisches Projekt werden müsste, zu einem Zentrum ihrer Aktivitäten erkoren.

Paris hat uns nun gute Karten in die Hand gespielt. Wir haben aber auch keine Zeit zu verlieren. Und doch brauchen Lernkurven ihre Zeit.

Anmerkungen

(1) www.klima-allianz.de

Autor

Klaus Milke ist Mitbegründer und aktueller Vorstandsvorsitzender von Germanwatch, einer seit 1991 existierenden deutschen Nichtregierungsorganisation, die eine Querverbindung zwischen nord-süd-, umwelt- und menschenrechtspolitischen Themen herstellt (www.germanwatch.org). Ebenfalls ist er Initiator und Vorsitzender der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit in Bonn, die die Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland vorwärts zu treiben versucht (www.stiftungzukunft.de). Außerdem ist er Mitinitiator und Beiratsvorsitzender von atmosfair, einem Klimaschutz-Handlungsangebot für unverzichtbare Flüge (www.atmosfair.de).

Kontakt

Klaus Milke
Germanwatch e.V.
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Tel. (02 28) 60 492-0

Fax. (02 28) 60 492-19

E-Mail: milke@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de